

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

54. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. Mai 1998, 14:00 Uhr

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

in Vertretung von Klaus-Peter Puls

Helmut Plüschau (SPD)

in Vertretung von Bernd Schröder

Bernd Saxe (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung von Peter Lehnert

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Peter Zahn (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Klaus Schlie (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Innenministeriums über die Reformkommission II bei der Polizei	5
2. Eingabe 434-14-b Lehrerausbildung	6
Schreiben des Eingabenausschusses vom 11. Mai 1998 Umdruck 14/1916	
3. a) 19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	7
Drucksache 14/600	
b) 20. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
Drucksache 14/1340	
4. Entwurf einer Datenschutzordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages aufgrund des § 3 Abs. 2 des Landesdatenschutzgesetzes	9
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1127 (neu)	
5. Kinderpornographie im Internet	10
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/480	
6. Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrens- zeiten	11
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/564	
7. Werbeschilder für Gasthöfe	12
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1065	
8. Eine-Welt-Beirat	13
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1251	

- 9. Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes** 14
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1064
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG SH)** 15
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1252
- 11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes** 16
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1216
- 12. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein** 17
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1269
- Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1288
- 13. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs und zur Änderung der Landesbauordnung** 18
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1424
- 14. a) Vandalismus** 19
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1206
- b) Vandalismus**
- Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1224
- 15. Verschiedenes** 20

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuß erweitert die Tagesordnung um die vorliegenden Anträge zum Thema Vandalismus, Drucksachen 14/1206 und 14/1224.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministeriums über die Reformkommission II bei der Polizei

hierzu: Umdruck 14/1961

St Wegener trägt den aus Umdruck 14/1961 ersichtlichen Bericht vor.

Fragen des Abg. Füllner beantwortet St Wegener dahin, daß sich Effizienzgewinne dann herausstellten, wenn das Konzept umgesetzt sei; es werde von Synergieeffekten ausgegangen. Er legt weiter dar, daß 18 Stellen aus dem Ministerium in nachgeordneten Bereiche verlagert worden seien, und schildert die Stellenplanung für den IuK-Bereich.

Auf eine Nachfrage der Abg. Kähler bestätigt St Wegener, daß private PCs, sofern keine dienstlichen zur Verfügung stünden, weiter verwendet werden könnten, wenn die datenschutzrechtlichen Bedingungen erfüllt seien.

St Wegener geht sodann auf eine Frage nach einer möglichen weiteren Zusammenlegung im Bereich der Kriminaltechnik ein und führt aus, daß es sich hierbei um einen absoluten Spezialistenbereich handele, bei dem es sehr schwierig sei, eine Organisation unter einer Leitung zu verwirklichen, unter der alles abgedeckt werden könne. Zu bedenken sei auch, daß Sachgebietsleiter Gutachter im Verfahren seien.

Eine weitere Frage der Abg. Kähler beantwortet er dahin, daß die Landesregierung aus übergeordneten Gesichtspunkten entschieden habe, die Abteilung Staatsschutz nicht abzuschaffen. Schleswig-Holstein wäre das erste Bundesland gewesen, das diese Abteilung abschaffte. Außerdem solle mit der Beibehaltung dieser Abteilung ein Signal zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus gesetzt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eingabe 434-14-b
Lehrerausbildung

Schreiben des Eingabenausschusses vom 11. Mai 1998
Umdruck 14/1916

Der Ausschuß stellt die Beratung auf Bitte des Abg. Saxe bis zur nächsten Sitzung zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) 19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 14/600

hierzu: Umdrucke 14/792, 14/836, 14/837, 14/855, 14/1041,
14/1432, 14/1788

(überwiesen am 24. April 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hier: 4.2.3 INPOL neu: Mit dem Rasenmäher durch die Landespolizeigesetze?

Abg. Geißler schließt sich der Stellungnahme des Innenministeriums, Umdruck 14/1788, an.

LD Dr. Bäumler vertritt die Auffassung, das Gutachten des Innenministers gehe an der Kernfrage vorbei. Er bleibe bei seiner Auffassung, daß landesgesetzliche Regelungen insoweit vorrangig seien, als sie regelten, welche Daten für den Zweck der Gefahrenabwehr erhoben würden. Eine Konkurrenzfrage, wie sie in dem Gutachten des Innenministeriums untersucht worden sei, sei von ihm nicht gestellt worden.

Auf eine Nachfrage des Abg. Geißler legt MR Fuss dar, dort, wo eine unmittelbare Konkurrenz von Bundesrecht und Landesverwaltungsgesetz vorhanden sei, gelte vorrangig das Bundesrecht. Dort, wo sich das Bundesrecht zurücknehme oder auf Landesrecht verweise, gelte Landesrecht.

Der Ausschuß nennt abschließend den 19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Kenntnis.

b) 20. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 14/1340

(überwiesen voraussichtlich in der 22. Tagung des Landtages)

LD Dr. Bäumler berichtet, im Prinzip enthalte der Bericht die gleichen Beanstandungen wie in den Vorjahren. Er habe allerdings den subjektiven Eindruck, daß viele Anregungen des Landesdatenschutzbeauftragten gefruchtet hätten.

Im Mittelpunkt des Berichts stehe die Frage, wie es auf dem Weg in die Informationsgesellschaft weitergehe. Der Bericht enthalte insoweit eine Fülle von Anregungen; es sei der Politik überlassen, welche sie aufgreifen wolle.

Abg. Geißler schlägt vor, daß sich die Berichterstatter der Fraktionen darauf verständigen, welche Themenkomplexe im einzelnen in einer der Folgesitzungen vertieft diskutiert werden sollen.

Abg. Kähler schlägt vor, die anderen Ausschüsse zu bitten, sich im Rahmen ihres Selbstbefassungsrechts mit denjenigen Teilen des Tätigkeitsberichts zu beschäftigen, die ihre Zuständigkeitsbereiche betreffen, und dem Innen- und Rechtsausschuß das Ergebnis ihrer Beratungen zuzuleiten. - Der Ausschuß schließt sich dem an.

Abg. Kähler schlägt weiter vor, sich in einer der nächsten Sitzungen mit einer möglichen Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht für den privaten und öffentlichen Bereich zu erörtern.

Abg. Böttcher regt an, sich mit der Thematik Novellierung des Datenschutzgesetzes zu beschäftigen. - Auf einen Einwurf von LD Dr. Bäumler plädiert Abg. Kähler dahin, nicht auf eine Gesetzesänderung auf Bundesebene zu warten, sondern eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf einer Datenschutzordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages aufgrund des § 3 Abs. 2 des Landesdatenschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/1127 (neu)

(überwiesen am 11. Dezember 1997)

Der Ausschuß stellt die Beratung auf Bitte der CDU-Fraktion bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kinderpornographie im Internet

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/480

hierzu: Umdruck 14/966

(überwiesen am 24. Januar 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß
und den Sozialausschuß)

Der beteiligte Sozialausschuß wird gebeten, dem federführenden Innen- und Rechtsausschuß ein Votum zuzuleiten.

Auf Anregung der Abg. Kähler wird der Wissenschaftliche Dienst des Landtages beauftragt, dem Ausschuß die Urteilsbegründung eines Urteils des Landgerichts Traunstein zur Verfügung zu stellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/564

hierzu: Umdruck 14/1789

(überwiesen am 12. März 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß,
den Umweltausschuß, den Agrarausschuß und den Wirtschaftsaus-
schuß)

Der beteiligte Agrarausschuß wird aufgefordert, ein Votum abzugeben. Nach Vorlage dieses Votums wird der Ausschuß seine Beratungen wieder aufnehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Werbeschilder für Gasthöfe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1065

hierzu: Umdrucke 14/1500, 14/1541, 14/1579, 14/1766, 14/1810

(überwiesen am 6. November 1997 an den Wirtschaftsausschuß, den
Agrarausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

Der Ausschuß schließt sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Eine-Welt-Beirat

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1251

hierzu: Umdrucke 14/1687, 14/1828

(überwiesen am 20. Februar 1998)

Der Ausschuß nimmt das Votum des Europaausschusses zur Kenntnis und empfiehlt dem Landtag mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen der CDU, den Antrag unverändert anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1064

hierzu: Umdrucke 14/1545, 14/1934

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß
und den Wirtschaftsausschuß)

Abg. Franzen und Abg. Böttcher erklären, daß die Landesregierung nur insoweit für die Weiterführung der Frauenförderung Sorge zu tragen habe, als ihr dies rechtlich möglich sei.

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen der CDU, den Antrag unverändert anzunehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG SH)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1252

hierzu: Umdrucke 14/1679, 14/1727, 14/1730, 14/1741, 14/1742,
14/1753, 14/1754, 14/1773, 14/1774, 14/1778,
14/1779, 14/1780, 14/1781, 14/1782, 14/1783,
14/1784, 14/1798, 14/1801, 14/1914, 14/1956

(überwiesen am 18. Februar 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß
und den Sozialausschuß)

Abg. Franzen bringt den aus Umdruck 14/1956 ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Nach einer kurzen Diskussion besteht Einvernehmen darüber, daß der Innen- und Rechtsausschuß in dieser Sitzung seine Beratungen abschließen will. Dessen ungeachtet wird der beteiligte Sozialausschuß gebeten, den Gesetzentwurf insbesondere auf die Auswirkungen auf die Menschen mit Behinderung zu diskutieren. Mögliche sich daraus ergebende Änderungen des Gesetzentwurfs sollen als Änderungsantrag in den Landtag eingebracht werden.

Abg. Storjohann spricht sich gegen den vorliegenden Änderungsantrag aus und argumentiert dahin, daß den Zweckrücklagen keine Mittel entzogen werden sollten.

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

1. Der aus Umdruck 14/1956 ersichtliche Änderungsantrag wird mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen der CDU angenommen.
2. Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei vier Enthaltungen der CDU, den Gesetzentwurf in der vom Ausschuß geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1216

hierzu: Umdrucke 14/1623, 14/1648, 14/1711 bis 14/1713, 14/1790,
14/1791, 14/1862, 14/1878, 14/1879, 14/1880,
14/1885, 14/1918

(überwiesen am 18. Februar 1998)

Die Ausschußmitglieder kommen überein, daß eine Synopse der vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen erstellt werden soll.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für
Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1269

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1288

hierzu: Umdrucke 14/1689, 14/1811, 14/1871, 14/1872, 14/1884,
14/1897, 14/1910, 14/1911

(überwiesen am 18. Februar 1998)

Der Ausschuß stellt die Beratung der vorliegenden Drucksachen bis zur nächsten Sitzung zurück.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs und zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1424

(überwiesen am 13. Mai 1998)

(Verfahrensfragen)

Auf Vorschlag von Abg. Saxe beschließt der Ausschuß, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 27. Mai 1998 benannt werden. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen erbeten werden, wird Ende Juni festgelegt.

Punkt 14 der Tagesordnung:

a) Vandalismus

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/120

b) Vandalismus

Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1224

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

1. Mit sieben Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen zwei Stimmen der CDU empfiehlt der Ausschuß dem Landtag, den Antrag Drucksache 14/1206 abzulehnen.
2. Weiter empfiehlt der Ausschuß dem Landtag mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen von CDU und F.D.P., den Antrag Drucksache 14/1224 unverändert anzunehmen.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Füllner bittet um eine schriftliche Stellungnahme des Innenministeriums zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. Februar 1998 zum Thema Nachrücker nach Ausscheiden von Abgeordneten im Rahmen von Ausgleichs- und Überhangmandaten.

Der Ausschuß nimmt zur Kenntnis, daß der Wirtschaftsausschuß beabsichtigt, zu dem Antrag der Fraktion der CDU betr. Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Dienstleistungs- und Planungsbereich, Drucksache 14/1371, eine Anhörung durchzuführen, und zwar am Montag, dem 24. August 1998. Er nimmt weiter zur Kenntnis, daß der Wirtschaftsausschuß um Benennung weiterer Anzuhörender binnen zehn Tagen bittet.

Abg. Kubicki bittet um einen Bericht des Justizministeriums über den Verdacht des sexuellen Mißbrauchs eines jugendlichen Untersuchungsgefangenen in der Jugendanstalt Neumünster in der nächsten Sitzung.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Heinz Maurus

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin